

**Antrag 68/I/2021****Unterbezirk Barnim, Ortsverein Wandlitz****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Zügige und deutliche Verbesserung des SPNV- und ÖPNV-Angebotes in Brandenburg realisieren**

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder
- 2 der Landesregierung werden aufgefordert:
  - 3 1. Sich noch deutlicher als bisher für eine zü-
  - 4 gige und deutliche Verbesserung des SPNV-
  - 5 und ÖPNV-Angebotes in Brandenburg einzu-
  - 6 setzen.
  - 7 2. Das von der Bundes-SPD zur Zukunftsmissi-
  - 8 on erklärten Aufgabe der Schaffung des mo-
  - 9 dernsten Mobilitätssystems in Europa ohne
  - 10 Einschränkung auch in Brandenburg umzu-
  - 11 setzen. (*Zitat: „Wir werden die Verkehrswen-*
  - 12 *de voranbringen und bis 2030 das modernste*
  - 13 *und klimafreundlichste Mobilitätssystem Euro-*
  - 14 *pas aufbauen.“*)
  - 15 3. Die aktuell anstehenden Verhandlungen der
  - 16 Landesregierung mit der Volksinitiative „Ver-
  - 17 kehrswende Brandenburg jetzt!“ zur Schaf-
  - 18 fung eines moderner Mobilitätsgesetzes pro-
  - 19 gressiv mitzugestalten und das Gesetz in den
  - 20 Haushaltsplänen des Landes der Jahre 2022 ff.
  - 21 ausreichend zu dotieren.
  - 22 4. Die durch die Bundes-SPD im Rahmen des
  - 23 Bundestagswahlkampfes 2021 abgegebene
  - 24 Mobilitätszusage auch im Rahmen des neuen
  - 25 Brandenburger Mobilitätsgesetzes, des zu
  - 26 novellierenden Landesnahverkehrsplanes und
  - 27 weiterer Fachplanungen und Verordnungen
  - 28 auch in Brandenburg zügig umzusetzen.
  - 29 (*Zitat: „Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie:*
  - 30 *Jede\*r Bürger\*in – in der Stadt und auf dem*
  - 31 *Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an*
  - 32 *den öffentlichen Verkehr haben.*)
  - 33 5. Kurz- und mittelfristig dafür Sorge zu tragen,
  - 34 dass auf den stark frequentierten und häufig
  - 35 überlasteten SPNV-Relationen deutliche Ka-
  - 36 pazitätserhöhungen und bessere Takte durch
  - 37 den Aufgabenträger Land Brandenburg, dies
  - 38 in enger Abstimmung insbesondere mit dem
  - 39 Land Berlin, bestellt und realisiert werden. Be-
  - 40 sondere Rücksicht ist auf die Stoßzeiten im Be-
  - 41 rufsverkehr, in den Ferienzeiten und bei Schie-
  - 42 nenersatzverkehr zu nehmen.
  - 43 6. Die für das zukunftsweisende Programm

44 i2030 notwendigen Planungsmittel und  
45 die beim Land Brandenburg und seinem  
46 Dienstleister VBB notwendigen Planungska-  
47 pazitäten in den Haushaltsplänen 2022 ff. des  
48 Landes abzusichern.

49 7. Rechtszeitig dafür Sorge zu tragen, dass die  
50 i2030-Maßnahmen nach Vorlage des Bau-  
51 rechtes unverzüglich begonnen werden kön-  
52 nen. Hierzu sind neben EU- und Bundesmittel  
53 sowie Mitteln der Eisenbahninfrastrukturun-  
54 ternehmen auch Ko-Finanzierungsmittel des  
55 Landes (wenn notwendig) zum Einsatz zu  
56 bringen.

57

58

### 59 **Begründung**

60 Bisher geht die Umsetzung des Gemeinschaftspro-  
61 gramms i2030 sehr zögerlich voran. Die Erreichung  
62 der Ziele ist ohne zusätzliche Anstrengungen nicht  
63 mehr in vollem Umfang möglich. Die Sichtweise  
64 aus der Landeshauptstadt heraus ohne ausreichen-  
65 de Beteiligung der Landkreise und Kommunen muss  
66 ein Ende haben.

67 Bei den derzeit geltenden Rahmenbedingungen für  
68 Investitionen in die Infrastruktur aber auch bei der  
69 Beschaffung von Fahrzeugen muss sofort gehandelt  
70 werden. Eine Umsetzung der Wahlziele der Bundes-  
71 SPD ist sonst nur ein Lippenbekenntnis ohne Chan-  
72 ce der zeitgerechten Umsetzung. Dabei sollte sich  
73 Bund und Land nicht nur auf Gesetzesänderungen  
74 zum Planrecht verlassen, da die Durchsetzung auch  
75 ihre Zeit braucht. Dann verlorene Zeit.

76 Bei der Formulierung zum Mobilitätsgesetzes, des  
77 zu novellierenden Landesnahverkehrsplanes soll-  
78 te von einer drastischen Veränderung der Mobili-  
79 tätsentwicklung ausgegangen werden. Daraus sind  
80 dann die Beförderungsziele abzuleiten, welche dann  
81 die Grundlage der Infrastrukturplanung bilden. Die  
82 derzeitigen Kriterien zur Versorgung in der Fläche  
83 sind überarbeitungsbedürftig und bedürfen somit  
84 auch zusätzlicher Subventionen. Derzeitige Relatio-  
85 nen im Verkehr zwischen den Hauptzentren sind  
86 bereits jetzt im Berufsverkehr überdurchschnittlich  
87 ausgelastet und ermöglichen so gut wie keine Stei-  
88 gerungsmöglichkeiten in den Kapazitäten.

89 Zukünftig geplante Ausschreibungen /Vergaben  
90 von Verkehrsleistungen sind so zu gestalten, dass  
91 mehr Flexibilität in der Anpassung der Kapazitäten  
92 über die Vertragslaufzeit hinweg möglich ist. Hier

93 kann man Beispiele aufnehmen.

94 Die Anstrengungen zur Beschaffung von zusätzli-  
95 chen Mittel vom Bund oder der EU sind zu verstär-  
96 ken, da auch hier durch erhebliche bürokratische An-  
97 tragsstellungen viel Zeit verstreichen kann.

98 Ohne das sofortige Umdenken und Handeln sind  
99 die im Bundeswahlprogramm getätigten Aussagen  
100 *„Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die*  
101 *Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber*  
102 *auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt.*  
103 *...Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen*  
104 *Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen*  
105 *bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und*  
106 *die vorhandenen Flotten modernisiert sind.“* nicht zu  
107 erreichen.

108 Die derzeitigen Planungs- und Realisierungszeiten  
109 erfordern den Abschluss aller Planungsvereinbarun-  
110 gen noch bis 2022. Die Finanzierung ist in den Haus-  
111 haltsplänen sicher zu stellen.